

DER PATRIOT

Mitteilungsblatt für Mitglieder der Patriotischen Plattform • Ausgabe 5 • November 2016



Der neu zusammengesetzte Vorstand der Patriotischen Plattform (v.l.n.r.: Stefan Wust, Philipp Liehs, Alexander Tassis, Hans-Thomas Tillschneider, Jan Moldenhauer, Felix Koschkar; nicht auf dem Bild: Fabian Flecken und Benjamin Nolte). Foto: Privat

GELEITWORT

Liebe Kameraden,

wir haben im März 2014 die Patriotische Plattform gegründet, um zu verhindern, daß die AfD zu einer Scheinalternative verkommt. Die Scheinalternative hat jedoch viele Gesichter. Eines ist Bernd Lucke mit seiner liberal-konservativen Partei, ein anderes sind die „Politzombies“ von der NPD und deren diverse Ableger.

Während die einen die AfD dem Establishment anpassen wollten, wollen die anderen eine AfD, die genau dem Zerrbild entspricht, das das Establishment vom neuen deutschen Patriotismus zeichnet. Hier gilt es, zwischen der Scylla der Weichspülerei und des kompromisslerischen Opportunismus einerseits und der Charybdis der Maßlosigkeit und Nazi-Clownerie hindurch zu segeln.

Dazu bedarf es fester Maßstäbe. Es bedarf einer Abgrenzung jenseits der sattsam bekannten Abgrenzungsrituale und einer Distanzierung, die sich nicht über das definiert, wovor sie flüchtet, sondern darüber, daß sie weiß, wo sie steht. Es bedarf der Fähigkeit, Kurs zu halten.

Unser Kurs ist der Kurs einer neuen demokratischen Rechten. Wir gehen davon aus, daß die Verteidigung des Eigenen das Selbstverständlichste in der Politik ist. Die Verteidigung des Eigenen aber bedarf, mit Botho Strauß gesprochen, „nicht der abscheulichen und lächerlichen Maskerade einer hündischen Nachahmung, des Griffs in den Secondhandshop der Unheilsgeschichte“.

Unser politischer Raum wird bezeichnet von der Identitären Bewegung, von Pegida, vom Institut für Staatspolitik in Schnellroda, von allen vernünftigen patriotischen Initiativen im Land. Ein gewisser David Begrich hat am 2. Juni zu meiner Person getwittert „Verwirklicht in jeder bish. Rede #Itlsa neurechte Diskursstrategie: Begriffe besetzen, Werte umwerten, Tabuzonen testen“. Das ist - aus der Perspektive des Feindes - richtig erkannt. Laßt uns gemeinsam an dieser Strategie arbeiten, mit Disziplin, Augenmaß und Sachverstand! Und laßt uns denen widerstehen, die diese Strategie durchkreuzen wollen, ganz gleich aus welcher Richtung und mit welcher Absicht.

Hans-Thomas Tillschneider

AKTUELLES

PATRIOTISCHE PLATTFORM NEU AUFGESTELLT!

10. November 2016

Am vergangenen Sonntag fand in Berlin auf Verlangen von 10% der Mitglieder eine Versammlung der Patriotischen Plattform statt. Gegenstand war die Ausrichtung der Patriotischen Plattform, ihre Abgrenzung gegenüber politischen Irrgängern, ihre Stellung in der AfD und – damit verbunden – eine Neuwahl des Vorstandes.

Nach lebhafter Debatte hat sich jene Richtung durchgesetzt, die sich dem verfassungstreuen Patriotismus, wie ihn Pegida oder die Identitäre Bewegung repräsentieren, verbunden fühlt.

Die Mehrheit bekannte sich zu Fundamentalopposition gegen die Herrschaft der Altparteien, lehnte aber gerade deshalb eine destruktive Fundamentalopposition innerhalb der AfD ab. Nachdem der gesamte alte Vorstand entweder zurückgetreten oder abgewählt worden war, wurden Vorstandsneuwahlen durchgeführt. In den neuen, auf acht Personen verkleinerten Vorstand wurden gewählt:

Hans-Thomas Tillschneider (Sprecher)

Stefan Wust (Schatzmeister)

Alexander Tassis (Schriftführer)

Fabian Flecken

Felix Koschkar

Philip Liehs

Jan Moldenhauer

Benjamin Nolte

Der Vorstand der Patriotischen Plattform

WIR SIND KEINE ALTERNATIVE FÜR MANIPULATION!

**Stellungnahme der Patriotischen Plattform zu den
WhatsApp-Protokollen aus der AfD-NRW**

23. November 2016

Mit Entsetzen hat die Patriotische Plattform die vom Nachrichtenmagazin "Stern" veröffentlichten Gespräche aus einer WhatsApp Gruppe des AfD-Landesverbandes NRW zur Kenntnis genommen. Nach dem Bericht wurde das Abstimmungsverhalten auf den zurückliegenden Parteitag zur Aufstellung der Landesliste von einem kleinen Kreis massiv manipuliert.

Die veröffentlichten Äußerungen lassen ein unvorstellbares Ausmaß an manipulativer Energie, Demokratieverachtung und Postenstreben erkennen. Besonders schwer wiegt der Umstand, daß Mitglieder der Wahlkommission (!) während

der Auszählung (!) Zwischenergebnisse in der Gruppe kommuniziert und ihrem Kreis somit einem illegitimen Informationsvorsprung verschafft haben.

Die Patriotische Plattform schließt sich Björn Höcke und Alexander Gauland an, die eine sofortige und schonungslose Aufklärung gefordert haben. Außerdem muß die Listenwahl, an deren Rechtmäßigkeit erhebliche Zweifel bestehen, gerichtlich überprüft werden. Nach Klärung der Vorgänge müssen die Verantwortlichen Konsequenzen ziehen. Wir sind die Alternative für Deutschland und nicht die Alternative für Manipulation und Demokratiesimulation!

Der Vorstand der Patriotischen Plattform

Die Patriotische Plattform zum Urteil des BSG in der Causa LV Saarland:

Abgrenzung ja – Distanzeritis nein!

02. November 2016

Mit großer Erleichterung hat die Patriotische Plattform die Nachricht aufgenommen, daß die Auflösung des Landesverbandes Saarland der AfD durch den Bundesvorstand vom Bundesschiedsgericht für unwirksam erklärt wurde. Zwar lehnen auch wir eine politische Zusammenarbeit mit den wenigen echten Rechtsextremisten, die es in unserem Land noch gibt, ab, allerdings hat es eine solche Zusammenarbeit im Fall des Landesverbandes Saarland nicht gegeben.

Der Landesverband Saarland hat sich mit hinreichender Deutlichkeit gegen eine Zusammenarbeit mit Extremisten ausgesprochen und keinen Zweifel an seiner verfassungstreuen, patriotischen Ausrichtung aufkommen lassen. Alle Vorwürfe beziehen sich auf angebliche hintergründige Kontakte oder persönliche Bekanntschaften. Selbst falls sich diese Verdächtigungen als wahr herausstellen sollten, ließe sich damit keine Auflösung eines gesamten Landesverbandes begründen. Wenn wir mit bestimmten Personen aufgrund ihrer politischen Einstellung nicht einmal mehr sprechen würden, wären wir nicht besser als die Linken, die uns Gruß und Handschlag verweigern. Einen solchen Fanatismus lehnt die Patriotische Plattform ab, ganz gleich wofür oder wogegen er sich wendet.

Wir erkennen das Bestreben des Bundesvorstandes, die AfD gegen politische Gruppen, deren Ausrichtung mit unseren Zielen nicht vereinbar ist, an, im Fall der Auflösung des Landesverbandes Saarland hat der Bundesvorstand jedoch über die Stränge geschlagen. Daß dieser Beschluß vom Bundesschiedsgericht aufgehoben wurde, zeigt aber auch, daß die Strukturen unserer Partei funktionieren. Wir erwarten vom Bundesvorstand nun, daß er das Urteil akzeptiert, seine Angriffe einstellt und die AfD Saarland genauso wie jeden anderen Landesverband in den anstehenden Wahlkämpfen unterstützt. Das sind wir den Bürgern unseres Landes schuldig!

Der Vorstand der Patriotischen Plattform

STANDPUNKTE

Es gibt keinen politischen Extremismus in der Patriotischen Plattform!

18. Juli 2016

Eigentlich ist das in dieser Stellungnahme Erklärte so selbstverständlich, daß es nicht erklärt werden müßte. Da uns aber in letzter Zeit von verschiedenen Seiten böswillig und wahrheitswidrig unterstellt wurde, wir seien extremistisch gesinnt, würden also die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Staates nicht akzeptieren und ihr feindlich gegenüberstehen, bekennen wir, der Vorstand der Patriotischen Plattform, uns hiermit in aller Deutlichkeit zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie in § 4, Abs. 2 des Bundesverfassungsschutzgesetzes definiert wird.

Wir bekennen uns also zum Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen.

Wir bekennen uns zur Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht.

Wir bekennen uns zum Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition.

Wir bekennen uns zur Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung.

Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Gerichte.

Wir schließen jede Gewalt- und Willkürherrschaft aus.

Wir bekennen uns zu den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten.

Der Vorstand der Patriotischen Plattform

Mehr Japan wagen!

16. November 2016

Die Patriotische Plattform empfindet es als unpassend, dass von Seiten der AfD das auf dem weitgehend gescheiterten Multikulturalismus basierende kanadische Modell zum Bezugspunkt diesbezüglicher Überlegungen in Fragen der Einwanderung gemacht wird. Kanada ist ein Flächenland mit nur bedingt definiertem Staatsvolk und der Geschichte eines klassischen Einwanderungslandes, wie dies etwa auch auf die USA, Australien und Neuseeland zutrifft.

Empfehlenswert ist hier eher ein Blick nach Japan. Man hat dort natürlich Ausländer im Lande, aber man achtet das Maß und hat die ureigenen Interessen klar im Blick. Die japanische Nation beherbergt ein gewachsenes und homogenes



Volk, welches nur punktuell auf sehr begrenzte Einwanderung setzt (statt Gastarbeiterimport durch den Druck globaler Lobbygruppen, setzte man auf Automatisierung der Industrie) und seine Identität schützt und erhält, auch hier ist wie im Falle unserer Nation eine enorme Bevölkerungsdichte gegeben. Mit Vorbildern wie Australien und Kanada geht man nur der Einwanderungslobby auf den Leim. Daher mehr Japan in der Einwanderungspolitik wagen!

Beschäftigen wir uns in der AfD mit dem japanischen Modell und führen wir nicht den Diskurs des polit-medialen Establishments!

Der Vorstand der Patriotischen Plattform

Nicht erpressen lassen – Afghanen abschieben!

18. November 2016

Mit großem Befremden mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß der Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, sich gegen die geplante Abschiebung junger Afghanen ausgesprochen hat. Es sei ihnen nicht zumutbar, in das vom Krieg gebeutelte Land zurückgeschickt zu werden. Die Patriotische Plattform erteilt diesem Vorstoß eine klare Absage. Die Ansicht des Herrn Junge entspricht nicht dem Geist der AfD.

Der Generalfehler der etablierten Einwanderungspolitik besteht darin, daß sie sich durch das humanitäre Argument erpressen läßt und ihrerseits damit Kritiker unter Druck setzt. Wenn unsere schwache und unfähige Bundesregierung sich aber in einem Punkt zu einer Position der Stärke und Strenge durchringt, dann verdient sie dafür Unterstützung und keine Kritik!

Indem Junge das humanitäre Argument spielt, zeigt er, wie stark er dem politischen Denken der etablierten Parteien verhaftet ist. Die Aufgabe der Alternative für Deutschland jedoch besteht darin, einen Gegenstandspunkt zur Politik der Altparteien einzunehmen. Wir halten es in der Frage der Einwanderungspolitik deshalb mit Gauland, der Anfang des Jahres erklärt hat, man dürfe sich nicht von Kinderaugen erpressen lassen. So äußert sich eine Alternative für Deutschland.

Der Vorstand der Patriotischen Plattform



AUS DEN LANDESKREISEN LANDESKREIS SACHSEN

17. Stammtisch in Limbach-Oberfrohna

29. August 2016

Der 17. Stammtisch des LK Sachsen der PP am 26.08.2016 in Limbach-Oberfrohna stand unter dem Motto „Patriotismus oder Posten – Wohin steuert die sächsische AfD?“ Leider konnte der parlamentarische Geschäftsführer der sächsischen AfD-Landtagsfraktion Uwe Wurlitzer wegen Terminschwierigkeiten nicht erscheinen. Das war umso mehr zu bedauern, als sein Sommerinterview in der Leipziger Volkszeitung am 08.08.16 Themengeber für den Stammtisch war. Landessprecher Roland Ulbrich hielt das Eingangsreferat. In diesem beleuchtete er Geschichte von Koalitionen unter verfassungsgeschichtlichen Aspekten von der Reichsverfassung von 1871 über die Weimarer Reichsverfassung, das Grundgesetz bis zur sächsischen Verfassung von 1992. Hierbei betonte er wegen der „Lehren von Weimar“ die herausgehobene Bedeutung des Bundeskanzlers bzw. Ministerpräsidenten unter besonderer Beachtung der Richtlinienkompetenz. Unter Darstellung der Probleme der FDP als kleinerer Koalitionspartner kam er zu dem Ergebnis, dass sich die AfD nur

dann auf eine Koalition einlassen darf, wenn sie den Regierungschef stellt. In politischer Hinsicht führte er aus, dass eine Koalition mit der „Sachsensumpf“-CDU keinesfalls akzeptabel sei.



In der anschließenden Diskussion bestand bei den Teilnehmern Einigkeit in der Ablehnung einer Koalition in Sachsen, weil derzeit dafür kein geeigneter Partner existiere. Kontrovers wurde die Frage diskutiert, ob überhaupt jemals eine der Systemparteien ein Koalitionspartner der AfD sein könne. Die Konsequenz sei das Anstreben einer absoluten Mehrheit. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Notwendigkeit von Aktionen auf der Straße hingewiesen. Es bestand insoweit wiederum Einigkeit, den Schulterchluss zu PEGIDA und anderen Bürgerbewegungen zu suchen, soweit deren Aktivitäten gewaltfrei seien.

Ein abschließender Schwerpunkt der Diskussion bestand in der Ablehnung und der Aufdeckung jeglichen Opportunismus in der AfD, denn PATRIOTEN WOLLEN IHREM VATERLAND DIENEN UND SEHEN IN DER POLITIK NICHT DIE BEFRIEDIGUNG WIRTSCHAFTLICHER BEDÜRFNISSE!

Roland Ulbrich, Vorsitzender LK Sachsen

LANDESKREIS HESSEN

Listenparteitag

07. November 2016

Am 05. und 06. November traf sich die AfD-Hessen in Hofheim zu ihrem Landesparteitag. Als erster Landesverband stellte man in Hessen die Liste für die Bundestagswahl im Jahre 2017 auf. Hier wurden die ersten 15 Listenplätze besetzt, die weiteren werden auf einem neuerlichen Landesparteitag zu Beginn des nächsten Jahres gewählt. Aus dezidiert patriotischer Sicht sind dabei einige Ergebnisse besonders bemerkenswert. Den Spitzenplatz konnte Mariana Harder-Kühnel erobern, die ihre konservativen Standpunkte in der Familienpolitik untermauern konnte. Des Weiteren kann auch der ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU, Martin Hohmann, auf dem 4. Listenplatz genannt werden. Er bekannte sich klar zu vielen der Veteranen des 2. Weltkrieges, mit denen er vielfach in persönlichen und politischen Kontakt stand. Zwei Mitglieder der Patriotischen Plattform

konnten sich zudem unter den ersten zehn platzieren. Christine Anderson, die Kreissprecherin aus Limburg-Weilburg erreichte den 9. Listenplatz, nachdem sie in Ihrer Rede die Regierung Angela Merkels mit aller Schärfe kritisierte, gefolgt von Andreas Lichert aus dem Wetteraukreis, der einen sachkundigen Rundumschlag beisteuerte. Beide haben reale Chancen auf einen Einzug in den nächsten Bundestag. Gleiches gilt für Jan Nolte, einen der beiden Vorsitzenden der Jungen Alternative Hessen, der auf den 7. Listenplatz gewählt wurde. Der Soldat schlug einen klar patriotischen Ton an, der von der Masse der Mitglieder klar goutiert wurde. Auch bei vielen anderen Kandidaten war ein klarer patriotischer Zungenschlag vernehmbar und machte die Listenaufstellung zu einem Erfolg für unsere Sache in der AfD.

Fabian Flecken, Vorstandsmitglied

LANDESKREIS BREMEN

Gründung des 16. JA-Landesverbandes

20. Oktober 2016

Am 16. Oktober wurde in Bremen der letzte noch fehlende Landesverband der JA gegründet: Damit ist die Junge Alternative nun flächendeckend präsent. Besonders freuen wir uns, dass zum Sprecher Kamerad Robert Teske gewählt wurde, außerdem wurde zum Stellvertreter Marvin Mergard und zum Schatzmeister Artemis Erframidis gewählt. Die Bremer danken ihren Gästen aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen für die Unterstützung bei der Gründung und versprechen, mit dieser Truppe Kyffhäuser-Geist ins Hanseatenland wehen zu lassen!

Alexander Tassis, Vorstandsmitglied

BEITRÄGE

Es geht im Leben immer darum, dazu zu gehören oder eben nicht

28. Juli 2016

Eine Gewalttat folgt auf die andere in Deutschland. Das so wieso, das ist im Leben nun einmal so. Ich meine eine Tat zwischen Amoklauf und Terror folgt in Deutschland auf die andere. Eins ist für die guten Menschen schon einmal sicher: Das hat mit der nationalen Herkunft der Täter rein gar nichts zu tun, das sei allein eine Frage sozialer Konflikte, nicht ethnischer. (Deswegen haben sie z.B. den iranisch-deutschen Attentäter konsequent „David“ genannt, obwohl er „Ali David“ hieß und von seinem offenbar einzigem Vertrauten, einem 16-jährigen Afghanen, schlicht und einfach nur „Ali“ genannt wurde [BILD vom 25.07.16, S. 5]). Ansonsten ist es schick und in, zu betonen, dass man nicht voreilig urteilen wolle. Das mache den echten Experten aus.

Ich habe eine „einfache“ Lösung. Der DDR-Psychologe und führende deutsche Theoretiker der Kognitionstheorie, Friedhart Klix, hatte in seinem Buch „Erwachendes Denken“ am Beispiel der Relativitätstheorie erläutert (für meine Begriffe auch nachgewiesen), dass die Genialität wissenschaftlichen Denkens darin besteht, ein Problem immer einfacher und übersichtlicher darstellen zu können, so wie das Einstein schließlich mit der kurzen Formel $E = mc^2$ gelang.

Ich kann Gewalttaten aller Art auch auf eine kurze Formel bringen: Der Täter blieb außen vor, er konnte nicht zu einer Gemeinschaft gehören, zu der er nur zu gern gehört hätte. Das ist eine tiefe Kränkung, sie kann Krankheitswert erlangen und z.B. in eine Psychose, Angststörung oder Depression umschlagen; sie kann aber auch zu tödlichen Gewalttaten führen, bevor sie zu einer regelrechten psychischen Erkrankung wurde.

Es muss aber eine begehrte Gemeinschaft sein, die sich selbst wichtig nimmt. Zu Schlaffis und Losern will keiner gehören. Ali David hasste, wie es bisher scheint, nicht primär die Deutschen, sondern andere Jugendliche mit Migrationshintergrund, die ihn nicht akzeptierten, sondern mobbten. Folgerichtig haben (fast ?) alle seine Opfer einen Migrationshintergrund.

Wäre die deutsche Gemeinschaft stark gewesen, hätte sie ihn aufnehmen können, hätte er von ihr aufgenommen werden wollen. Wie es mit dieser aussieht, beschreibt am gleichen Tag Tim Raue, einer der weltweit erfolgreichsten Spitzenköche, auch in der BILD (S. 2):

„Ich bin in Berlin-Kreuzberg aufgewachsen. Ich war der einzige Deutsche in einer Jugendgang, die aus Jungs mit Migrationshintergrund bestand. [In vielen Berliner Schulen versuchen sich deutsche Jugendliche einen türkischen Akzent anzutrainieren, damit sie zu einer starken Gemeinschaft gehören können – RH.] Wir haben in der Schule nie die deutsche Nationalhymne gelernt [wahrscheinlich eher die türkische oder US-amerikanische – RH], und eine nationale Identifikation fand zu keiner Zeit statt. Es hat lange gedauert, bis ich mir selber die Frage gestellt habe, warum wir Deutsche nicht zu unserem Land stehen, warum wir so ein massives Identitätsproblem haben. Es war zu Beginn meiner Karriere als Koch. Immer wieder war ich mit dem Stolz der Franzosen auf ihre Küche und ihr Land konfrontiert. Das hat mich dazu bewegt, über meine Identität nachzudenken.“

Also: Wenn wir Entwurzelten helfen wollen, die einer Gewalttat entgegentrudeln, müssen wir ihnen eine starke deutsche Gemeinschaft bieten, die weiß und wissen will, was sie selbst ausmacht, über allgemeine „westliche Werte“ hinaus und darüber, eine USA-Hilfskraft zu sein oder eine Repräsentanz „Europas“. Wir müssen ja nicht gleich so stolz sein wie die Türken, aber ganz ohne Stolz auf das Eigene und ganz ohne Ehre können wir anderen nicht abgeben von unserer Kraft, weil sie dann gar nicht da ist, sondern sich zersplittert und zerteilt hat.

Ralf Hickethier

Vorsicht Altparteilinge!

29. Juli 2016

Auf ihrem Landesparteitag in Ingolstadt hat die bayerische AfD den Beschluss gefasst, dass ehemalige Mitglieder anderer Parteien erst nach einer zwölfmonatigen Wartezeit in die AfD aufgenommen werden können. Ein deutliches und wichtiges Signal, das zeigt, dass Opportunisten und Karrieristen unerwünscht sind.

Zuvor häuften sich Berichte aus bayerischen Kreisverbänden über Mitgliedsanträge von Personen, die noch nicht einmal aus ihren alten Parteien ausgetreten waren, aber schon sehr direkt nachfragten, ob noch Funktionen zu vergeben wären. Auch für ein Mandat stünde man selbstverständlich zur Verfügung. Anderenfalls würde man doch lieber in der alten Partei bleiben. Auch war von Beschwerden ehemaliger Altparteilinge zu hören, die wenige Wochen nach ihrem Parteiwechsel immer noch kein Amt angeboten bekommen hatten.

Dass jene, die angesichts des Versagens der Altparteien nun ihre Felle davonschwimmen sehen und Angst um ihre Posten haben müssen, auf den Erfolg unserer AfD aufspringen wollen, ist aus deren Sicht nachvollziehbar. Wer in seinem Leben nichts anderes getan hat, als Politik (oder das, was er dafür hält) zu machen, dürfte auf dem Arbeitsmarkt vergleichsweise schwer haben. Ebenso nachvollziehbar ist es jedoch, dass unsere Mitglieder diesem Versuch einer feindlichen Übernahme eine Absage erteilt haben.

So, wie wir es ablehnen, dass die christlich-abendländische Kultur in Europa durch den ungebremsten Zuzug Kulturfremder verwässert wird, so lehnen wir es ab, dass die Kultur der AfD, die Kultur der Mitbestimmung, der Subsidiarität und der Orientierung am Wohle unseres Landes, durch den Zufluss von Menschen verwässert wird, die sich jahre- oder jahrzehntelang in einem parteipolitischen Kulturkreis wohlfühlt haben, in dem Mitbestimmung, Subsidiarität und Orientierung am Wohle unseres Landes keinerlei Rolle gespielt haben.

So, wie die AfD ehemaligen Mitgliedern rechtsextremer Parteien konsequent die Aufnahme verweigert, da sie eine politische Richtung unterstützt haben, die wir für unser Land als fatal ansehen, so müssen jetzt auch die ehemaligen Mitglieder der Altparteien mit Gegenwind rechnen, da die politische Richtung, die sie unterstützt haben, sich für unser Land als fatal erwiesen hat. „Wir schaffen das!“ hat Deutschland mindestens so sehr geschadet wie „Ausländer raus!“

Wir sind angetreten, um für all die Menschen in unserem Lande, die genug haben von den Versagerparteien mit ihrem Filz, ihrer Vetternwirtschaft und ihrer verlogenen und für unser Land schädlichen Politik, eine glaubwürdige Alternative zu bieten. Wie glaubwürdig wäre eine solche Alternative, wenn sie von Leuten repräsentiert wird, die bis jetzt alles mitgetragen haben, womit Merkel, Seehofer und Co. die Menschen in diesem Lande gequält haben, und denen jetzt, kurz

vor der Listenaufstellung zur Bundestagswahl, die große Einsicht kommt?

Diejenigen, denen es wirklich um die gute Sache geht, werden auch kein Problem haben, unsere Partei ein Jahr lang als Fördermitglied finanziell und im Wahlkampf zu unterstützen. Sie sind uns herzlich willkommen. Ich beglückwünsche die bayerischen Mitglieder zu ihrer klugen und umsichtigen Entscheidung. Bayern kann hier für alle anderen Landesverbände ein Vorbild sein.

Benjamin Nolte

Schuldforschung

26. Oktober 2016

Als 2010 in Berlin die Ausstellung „Hitler und die Deutschen“ eröffnet wurde, begann eine Debatte darüber, ob man das denn dürfe, Hitler im Museum zeigen. Hinter der oberflächlichen Angst, das, was Aufklärung sein wolle, könne gegen die Absicht der Verantwortlichen als Propaganda rezipiert werden, verbarg sich ein viel grundsätzlicheres Problem. Aus Sicht derer, die Deutschlands zwölf Unglücksjahre zwischen 1933 und 1945 unter negativem Vorzeichen sakralisieren wollen, ist die Kritik an einer solchen Ausstellung nur konsequent. Was im Museum liegt, ist gänzlich vergangen. Seine Bezüge zur Gegenwart sind abgestorben, so daß es nur noch als Exponat interessiert: künstlich beleuchtet, isoliert in Vitrinen aufbewahrt, versehen mit einem Kommentarzettel, der Aussagen über das trifft, was dem Exponat an Welt verloren gegangen ist und wofür das Exponat nun als Illustration einsteht. Kein Ort schafft so sehr historische Distanz wie das Museum. Gegenüber einer Vergangenheit, die nicht vergehen soll, darf eine solche Distanz nicht sein.

Die Lösung: Aus dem Ganzen wurde eine Gegenpropagandashow gemacht, die auf ihre Weise genauso Propaganda ist wie der Antifaschismus Faschismus und die einer mißbräuchlichen Rezeption als Propaganda gewiß nicht mehr Widerstand entgegengesetzt als eine nüchterne Darstellung aus historischem Abstand. So brachte die Diskussion um die Ausstellung in erster Linie eine klammheimliche Komplizenschaft zwischen Altnazis und Vergangenheitsbewältigern zum Vorschein, die einander zum Leben brauchen und sich – unter entgegengesetztem Vorzeichen freilich – einig sind in ihrem Interesse, jene Vergangenheit nicht vergehen lassen zu wollen.

Was in den letzten Jahren unter dem Titel „Provenienzforschung“ als Subdisziplin der Geschichtswissenschaft vom etablierten Wissenschafts- und Politikbetrieb nach Kräften beworben und gefördert wird, reiht sie hier ein. Es ist nichts anderes als ein neuer Versuch, die Vergangenheit der Hitlerzeit trotz ihres Eingangs in das Museum dem Vergehen zu entreißen.

„Provenienzforschung“, so gibt der Begriff zu verstehen, erforscht die Besitzgeschichte eines Museumsstücks, wobei

sich das Interesse fast ausschließlich auf Stücke in deutschen Museen beschränkt, die zur NS-Zeit unrechtmäßig erworben wurden. Die Räubereien der Sowjetunion kommen nur am Rande zur Sprache. Die Herkunft und die Besitzwechsel von Museumsexponaten aus der Zeit vor 1933 interessieren nicht. So steht a priori fest, daß der hochtrabende Anspruch, eine „Biographie der Objekte“ zu schreiben, nicht eingelöst werden soll. Die eigentliche Frage ist nicht die Frage nach Herkunft, sondern nach der Rechtmäßigkeit des Erwerbs, wobei nur der unrechtmäßige Erwerb, der Schuld begründet, interessiert. Präziser müßte also von Schuldforschung die Rede sein, wobei a priori feststeht, daß es um deutsche Schuld geht. Es geht um Exponate, die gegenwärtig in deutschen Museen lagern, nicht um all das, was aus deutschen Museen verschleppt wurde und wovon ein Gutteil immer noch in irgendwelchen Geheimarchiven der Siegermächte verrottet. Wäre die Provenienzforschung unvoreingenommen, müßte sie durch eine „Verbleibsforschung“ ergänzt werden, die untersucht, unter welchen Umständen Stücke unrechtmäßig aus deutschen Museen verbracht wurde.

Bevor es die Provenienzforschung gab, wurden derlei Fragen im Rahmen von Gerichtsverhandlungen nachgegangen. Gerade diese „anlaßbezogene“ „Forschung“ aber soll überwunden werden. Im Vorwort zur ersten Ausgabe von „Provenienz & Forschung“, dem 2016 begründeten Periodikum zur neuen Disziplin, erklärt Uwe Hartmann: „Ein ausschließlich reaktiver Ansatz beim Aufgreifen dieser Problematik wurde auch von den Trägern der deutschen Museen, Bibliotheken, Archive und weiterer öffentlichen Sammlung als unzureichend eingeschätzt“ (P&F 2016/1, S. 4)

In Zukunft soll also nicht mehr nur dann, wenn ein Alteigentümer oder dessen Erben Restitution fordern, die Rechtmäßigkeit der Besitzverhältnisse geprüft werden, nein, der gesamte Bestand aller deutschen Museen, Bibliotheken, Archive und „weiterer öffentlichen Sammlung“ wird unter Generalverdacht gestellt und prophylaktisch durchgeprüft, was ein Projekt von Jahrzehnten sein dürfte und die Errichtung einer eigenen historischen Subdisziplin allein schon durch den Arbeitsaufwand äußerlich rechtfertigt.

Die gesamte in unseren Museen repräsentierte Geschichte verengt sich auf die Frage, ob die Exponate zwischen 1933 und 1945 rechtmäßig den Besitz gewechselt haben. So erscheint es auf einmal fragwürdig, ob unsere Geschichte auch in der Tat unsere eigene Geschichte ist. Die Provenienzforschung bringt ein Unbehagen in unser Verhältnis zu den Museumsstücken und lenkt von der reichen und schönen Geschichte ab, die sie eigentlich repräsentieren. Die im Museum anwesende Geschichte wird mit Geschichten der Schuld durchsetzt.

Das ist ganz im Sinne der herrschenden Politik. Hinzu kommt eine eigentümliche Attraktivität dieser Art Forschung für die Geschichtswissenschaft aus eher unpolitischen, systemimmanenten Gründen. Angesichts der Krise der Geschichtswissenschaft verspricht die Provenienzforschung Sinn und methodische Orientierung. Die Frage nach der Herkunft ist klar,

einfach, handlich: Etwas zum Festhalten wie das Ausstellungsstück. Mag man auch nicht mehr mit Rankescher Naivität beanspruchen können, zu zeigen, wie es wirklich gewesen ist, so soll man doch wenigstens zeigen können, wer etwas zu Recht oder zu Unrecht besessen hat. Die Provenienzforschung verheißt den unter Orientierungslosigkeit leidenden historischen Wissenschaft methodische Erlösung und gibt, als wäre das nicht genug, auch noch einen hochmoralischen Sinn dazu, von den Fördergeldern ganz zu schweigen.

Angesichts eines solch verlockenden Angebots mögen auch gestandene Historiker darüber hinwegsehen, daß die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Erwerbung zwischen 1933 und 1945 die Komplexität und Offenheit wissenschaftlicher Fragestellungen vermissen läßt. Es handelt sich um eine banale Fragestellung, die, wenn es notwendig wird, die Polizei und die Gerichte beschäftigen sollte, aber nicht eine Geschichtswissenschaft, die den Anspruch erhebt, eine Wissenschaft zu sein und kein billiger Büttel der Politik. Indem die Geschichtswissenschaft dieses sacrificum intellectualis bereitwillig erbringt und das, was Forschung sein sollte, auf die Ermittlung von Schuld reduziert, stellt sie unter Beweis, daß sie trotz aller Vergangenheitsbewältigung ihrer historischen Verantwortung immer noch nicht gerecht wird und gerade das, was es aus der Geschichte zu lernen gäbe, nicht gelernt hat.

Hans-Thomas-Tillschneider

WER WIR SIND

Alexander Tassis, Vorstandsmitglied



Alexander Tassis, Jahrgang 1970, geb. in Athen, Halbgriecher, Frühneuzeit-Historiker M. A., Stipendiat der Leibniz-Gemeinschaft. Beschäftigt in einem der führenden Berufsberatungsinstitute Deutschlands. Er ist Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 8. Juni 2015 und hier einzig verbliebener Abgeordneter der AfD. Er war damit

erster Landtagsabgeordneter der Patriotischen Plattform. Tassis war Gründungsmitglied der Wahlalternative 2013 und der AfD, ist Bundessprecher der „Homosexuellen in der AfD“, u.a. Als Wahlkampfredner ist er seit den Landtagswahlkämpfen in Thüringen 2014 sehr gefragt. Er hält in fast allen Landesverbänden vordergründig Vorträge über die Gebiete: „Geistige Grundlagen des Patriotismus und der Integration“ oder „Gegen Gender und Multikulti“. **„Schlimmer als der Krieg ist die Zusammenschmelzung der Staaten. – Immanuel Kant, 1796.“**

Alexander Tassis

Benjamin Nolte, Vorstandsmitglied



Benjamin Nolte, Jahrgang 1982, stammt gebürtig aus Nordrhein-Westfalen. Nach Abitur und Grundwehrdienst studierte er Wirtschaftsingenieurwesen mit Fachrichtung Maschinenbau an der RWTH Aachen. Während des Studiums verbrachte er mehrere Monate in England. Heute ist er als Ingenieur in München tätig. Benjamin Nolte

war maßgeblich am Aufbau des Landeskreises Bayern der Patriotischen Plattform beteiligt und ist deren Landessprecher.

„Es fehlt in Deutschland eine Partei, die sich glaubwürdig der Entmündigung der Bürger durch Politik und Medien entgegenstellt und es fehlt eine Partei, die sich für den Erhalt unserer Kultur und unserer Identität einsetzt. Die AfD muss sich als freiheitlich-patriotische Kraft in Deutschland etablieren, als Partei der Bürgerrechte und als Partei der bürgerlichen Rechten.“

Benjamin Nolte

MULTIMEDIA

"Die Linke nutzt den vorgeblichen Kampf gegen 'Rassismus', um politische Gewalt zu legitimieren."

Ein Redebeitrag von Hans-Thomas-Tillschneider im Landtag von Sachsen-Anhalt am 02.06.2016



SPENDEN

Sehr gerne können Sie unsere Arbeit auch finanziell unterstützen. Unsere Kontodaten sind:

Empfänger: Patriotische Plattform
IBAN: DE49 8505 0300 0221 0683 33
BIC: OSDDDE81XXX
BANK: Ostsächsische Sparkasse
ZWECK: Spende

MITGLIED WERDEN

Wir nehmen ausschließlich AfD-Mitglieder auf.

Wenn Sie sich von unseren Zielen angesprochen fühlen und mitmachen wollen, füllen Sie bitte das untenstehende Formular aus. Ihr Antrag muss in allen Pflichtfeldern (durch * gekennzeichnet) entsprechende Angaben enthalten. Sie möchten bitte kurz beschreiben, wie Sie sich engagieren wollen und wobei Sie uns helfen können. Sie müssen alle aktuellen oder beendeten Mitgliedschaften in politischen Personenzusammenschlüssen angeben. Dazu zählen nicht nur Parteien, sondern auch Gewerkschaften, Vereine und Studentenverbindungen. Stellt sich nach der Aufnahme heraus, daß im Aufnahmeantrag falsche oder unvollständige Angaben gemacht wurden, kann der Vorstand das Mitglied mit sofortiger Wirkung ausschließen.

<http://patriotische-plattform.de/mitglied-werden/>



IMPRESSUM

Die Patriotische Plattform ist ein nicht rechtsfähiger Verein. Die Mitglieder der Patriotischen Plattform sind zugleich Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD) oder der Jungen Alternative (JA). Die Patriotische Plattform ist unabhängig von der AfD und kein Organ der Partei.

Verantwortlich:

Felix Koschkar
Georg-Schumann-Straße 38
04155 Leipzig

felix.koschkar@patriotische-plattform.de